

Links, gewaltbereit, demokratiefeindlich

Die Sicherheitsideologie nach G20 und die Politik der Linken

von Emanuel Kapfinger

Erschienen in: Karl-Heinz Dellwo/Achim Szepanski/Paul Weiler (Hrsg.) (2018): Riot. Was war da los in Hamburg? Theorie und Praxis der kollektiven Aktion, Laika.

Der Protest gegen G20 war eine Niederlage für die Linke. Und die Niederlage war vorhersehbar. Zwar war der Protest wichtig und hat im Einzelnen zahlreiche Erfolge zu verzeichnen. Statt aber viele Menschen gegen die imperialistischen Staaten und für eine solidarische Politik zu mobilisieren, hat sich eine breite Front der anständigen Bürger*innen gebildet und ist gegen die Linke zusammengedrückt. Der Rückhalt von Staat und Polizei in der Bevölkerung ist gestärkt worden.

Schuld daran sind ideologische Reaktionsmuster, die die Ereignisse mit Macht in ein stereotypes Interpretationsschema gepresst haben: Bürgerkriegsähnliche Zustände wurden beschworen, Recht brechende Polizist*innen zu Held*innen stilisiert und Linke als Gewalttäter*innen oder zumindest Gewaltverharmloser*innen abgestempelt. Die Linke konnte so gut wie nichts machen, um diese Sicherheitsideologie zu durchbrechen. So wie bei jedem linken Großevent. Die Niederlage und die Eskalation der Repression waren vorhersehbar. Die Linke muss aufhören zu hoffen, bei solchen Events mit einem vermeintlich »machtvollen Zeichen des Widerstands« doch irgendwie die Menschen erreichen zu können.

Stattdessen muss sie sich auf breiter Front in Alltagskämpfe einbringen. Nur so kann sie Gegenmacht organisieren. Nur so kann sie der Sicherheitsideologie etwas entgegensetzen und womöglich beim nächsten G20-Gipfel ein machtvolles Zeichen des wirklichen Widerstands, ein Zeichen wirklicher Gegenmacht setzen. Um diese Überlegungen zur Politik der Linken vorzubereiten, werde ich mich nun zunächst mit der Dominanz und den Mechanismen der Sicherheitsideologie auseinandersetzen. Dabei handelt es sich übrigens um eine ideologische Form, die immer wieder bei Kämpfen zwischen der Linken und dem System aufkommt und dann für reaktionäre Politik genutzt wird, sei es beim Reichstagsbrand 1933, den Notstandsgesetzen während der Revolte von 1968 oder dem Deutschen Herbst 1977.

Freibrief für Polizeigewalt

Während der Protesttage konnte die Polizei die Repressionsspirale fast beliebig hochdrehen, ohne damit politische, geschweige denn rechtliche Probleme zu bekommen.

Bereits einige Tage vor den großen Demonstrationen wurde ein Protestcamp geräumt, obwohl dieses gerichtlich erlaubt worden war. Die genehmigte Demo »Welcome to Hell«, die am 6. Juli 2017 stattfinden sollte, wurde mit einem fadenscheinigen Anlass unter Gefährdung von Menschenleben zerschlagen. Journalist*innen wurde Gewalt bei Ausübung ihrer Tätigkeit angedroht und vielfach auch zugefügt. Das Schanzenviertel wurde in der Nacht des 7. Juli 2017 von einer schwerbewaffneten Spezialeinheit unter Ausschluss der Presse geräumt.

Egal, wie unnötig das Rumknüppeln der Polizei auch war, wie viele Traumatisierungen sie produzierte, wie sehr sie Menschenleben gefährdete: Nichts davon hatte öffentlich Gewicht, nichts davon brachte sie wirklich in Bedrängnis. Und zwar genau darum, weil die »gewaltbereiten Linksextremen« als ultimative Bedrohung erschienen, der gegenüber die polizeiliche Repression als Schutz unabdingbar gewesen sei.

Diese »Rechtfertigung« konnte man in den Debatten kurz nach dem G20-Gipfel nonstop beobachten. Wer auf die Ausschreitungen der Polizei während der G20-Proteste hinwies, wurde sofort der Verharmlosung linker Gewalt bezichtigt und unter enormen moralischen Druck gesetzt. Und die Bezichtigung hatte immer Recht, weil sie öffentlich geteilt wurde, weil die Linke als ein Ausbund der Gewalt erschien, den man zu wenig ernst genommen hatte. Wer daher die Polizeigewalt kritisierte, auf den richteten sich sofort alle Blicke mit der Erwartung, dass er sich von den »gewaltbereiten Linksextremen« lossagen möge. Was zur Folge hatte, dass über die Polizeigewalt dann gerade nicht mehr diskutiert wurde, denn wer sich von gewaltbereiten Linksextremen distanziert, erkennt ja zugleich die Polizeigewalt als notwendig an.

Weit entfernt davon, die Polizist*innen ihrer Übergriffe wegen an den Pranger zu stellen, sahen vielmehr viele »Helden« (so der Hamburger Bürgermeister) in ihnen, die jedes Makels entbehren. Ihre Tätigkeit hat in dieser Sicht an keiner Stelle etwas Aggressives, Gewalttätiges an sich, sondern ist aufopferungsvoller Dienst an der Gesellschaft. Sie blieben moralisch so integer, dass jede Kritik an ihnen als Sakrileg wahrgenommen wurde und unglaubliche Entrüstung hervorrief. Wolfgang Bosbach von der CDU verließ kurz nach dem Gipfel eine Talkshow, weil er es so unerträglich fand, dass Jutta Ditfurth darin die Polizei scharf angegriffen hatte.¹

Bürgerkrieg in Deutschland?

¹ Maischberger: *Gewalt in Hamburg: Warum versagt der Staat?*, 12.07.2017, Video, [ardmediathek.de/tv/Maischberger/Gewalt-in-Hamburg-Warum-versagt-der-Sta/Das-
Erste/Video?bcastId=311210&documentId=44372246](http://ardmediathek.de/tv/Maischberger/Gewalt-in-Hamburg-Warum-versagt-der-Sta/Das-Erste/Video?bcastId=311210&documentId=44372246)

Das Argument der Bedrohung durch die linke Gewalt hat zugleich einen völlig irrealen Charakter. Indem offizielle Vertreter*innen die Krawalle als »bürgerkriegsähnliche Zustände« überzeichnet haben, haben sie ein Ausmaß an Gewalt beschworen, das von den Akteur*innen nirgends auch nur ansatzweise leistbar war. Tatsächlich hatten diese nur minimale oder selbstgebastelte Bewaffnung und keinerlei militärisch nutzbare Koordinierung, und die Krawalle blieben auf wenige Straßenzüge beschränkt. Dagegen ist jeder einzelne Polizist am ganzen Körper gepanzert und mit Schlagstock, Pfefferspray und Schusswaffe bewaffnet. Die Krawalle waren mit massivem Material- und Personaleinsatz umstellt und wurden mit diesen Ressourcen auch gezielt auf ihr eng umgrenztes Gebiet konzentriert. Es wäre der Polizei ein Leichtes gewesen, sie zu zerschlagen.

Diese Realität war eigentlich deutlich sichtbar. Trotzdem erscheint der Konflikt als »bürgerkriegsähnlicher Zustand«, inklusive einem militärisch agierenden Schwarzen Block, der effektiv einen rechtsfreien Raum generiert habe, dem die Polizei machtlos gegenübergestanden habe. Verkehrte Welt. Aber wie verrückt auch immer, genau diese verzerrten Wahrnehmungen galten überall und wie selbstverständlich als objektive Fakten, als unbezweifelbare Wirklichkeit.

Diese Welt der Ideologie löst sich sofort von den realen Geschehnissen ab, in ihre eigene Blase von Fakten und Bildern. Damit produziert diese Ideologie auch ihr grundlegendes Argument selbst, nämlich das Gefahrenpotenzial der »gewalttätigen Linksextremen«. Wenn sie sich auf die ausufernde Gewalt der Linken beruft, um ihre Warnungen und Verurteilungen zu begründen, dann ist die Ideologie bereits da. Diese Interpretationsmaschine steht immer schon bereit und springt bei linken Krawallen nur mehr an, passt sie in ihre Wahrnehmungsmuster ein, übersteigert die Vehemenz der Krawalle um ein Vielfaches und produziert damit ihre altbekannte Parallelwelt. So beweist sie letztendlich aus sich selbst, dass sie wahr ist.

Linke wollen alle nur das eine

Unmittelbar mit den Hamburger Krawallen setzte ein enormer Druck auf alle Linken ein, sich von den »gewaltbereiten Linksextremen« zu distanzieren. Aus allen Richtungen gab es Anschuldigungen an öffentlich auftretende Linke, dass sie Gewalt und Kriminalität verharmlosen würden. Unisono wurde der Kniefall vor der herrschenden Moral verlangt.

Diese Distanzierungsmühle arbeitet mit zwei Mystifizierungen. Auf die eine, dass linke politische Gewalt als reine Gewaltgeilheit gesehen wird, werde ich noch eingehen. Die andere ist der pauschale Stempel für alle Linken als Unterstützer*innen von Gewalt und Kriminalität, egal, welche Politik oder Strategie sie verfolgen. Zwischen Reformismus, zivilem Ungehorsam und gewaltbereiter Militanz wird gar nicht mehr unterschieden.

Einzelne Linke werden nur aufgrund ihrer politischen Gesinnung in die Kategorien »gewalttätig« oder »extremistisch« gepackt – unabhängig davon, wie sie sich selbst dazu verhalten. Mit dieser Pauschalisierung drückt die Distanzierungsmühle den Linken zugleich aber einen grundsätzlichen Gegensatz auf und macht zwei Hauptkategorien für linken Protest auf: »friedlich« und »gewaltbereit«. Wer sich als Linker vom »gewaltbereiten« Protest lossagt und zum »friedlichen« Protest bekennt, dem wird die Opposition zugestanden. Wer das tut, der hat sich als rational ansprechbar und diskursfähig erwiesen. Er darf seinen Protest gegen die G20 kundtun.

Die Inhalte des Protests gegen die G20 interessieren im Moment der Distanzierung aber schon nicht mehr. Das einzige Interesse der Debatte ist es, ob die Linken sich vom »gewaltbereiten Protest« lossagen und ob man ihnen dabei trauen kann. Sie geht an keiner Stelle inhaltlich auf ihn ein. Ihre einzige Stellungnahme zum Protest ist eine formelle: Dass es Kritiker von G20 gebe, sei laut Merkel »aus demokratischer Sicht, das will ich ausdrücklich sagen, auch gut so.« Friedliche Kritik sei grundgesetzlich geschützt – »aber, ich betone, es sollte auch friedliche Kritik sein.«²

Die ideologische Grenzziehung zwischen »friedlich« und »gewaltbereit« sorgt also gerade dafür, jede inhaltliche Debatte über die G20-Kritiker*innen durch eine Aufmerksamkeit erheischende Gewaltdebatte zu ersetzen. Wer sich daher von den »gewaltbereiten Linksextremen« distanziert, im Bemühen, glaubwürdig und diskursfähig zu bleiben, um Gehör für den Inhalt der eigenen Kritik zu finden, der hat immer schon verloren: Er wird als diskursfähig anerkannt, fällt mit dem Augenblick dieser Anerkennung aber aus dem Diskurs bereits heraus. Er hat aber mit der Distanzierung nicht nur die Entpolitisierung des linken Protests mitvollzogen, sondern durch seinen Kniefall auch die Ideologie als solche anerkannt und gestärkt: Er bestätigt die Grenzziehung zwischen »friedlichem« und »gewaltbareitem« Protest, die Kriminalisierung des letzteren, die Notwendigkeit der Polizei zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und vor allem anderen die Gemeinschaft der anständigen Bürgerinnen und Bürger, zu der jeder und jede ja »selbstverständlich« dazugehört.

Schwarz, verummmt, gewaltgeil

Wer aber auf der anderen Seite der Straße steht, bei den Gewaltbereiten, der gilt nur als Feind der Ordnung. Ihm wird jede politische Stellungnahme abgesprochen – denn ihm gehe es nur um Gewalt.

² Angela Merkel: Rede am 19. Juni 2017, [bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2017/06/2017-06-19-rede-merkel-c20.html](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2017/06/2017-06-19-rede-merkel-c20.html)

Die Autonomen geben selbst vielerlei Gründe für Krawalle an: Krawalle seien eine Form von Selbstermächtigung, Sachbeschädigungen, zumal an Banken und Konzernen (gegen die sich die Plünderungen vorrangig richteten), ein symbolischer Angriff auf Privateigentum und Kapital.

Militanz setze ein eindrückliches Zeichen dafür, dass die Grenzen der repressiven Ordnung überschritten werden können und mobilisiere für den militanten Kampf in den Betrieben und Stadtteilen.

Während diese politischen Begründungen für linke Militanz an sich aus dem 19. Jahrhundert datieren, werden sie in der Öffentlichkeit überhaupt nicht als Begründungen zur Kenntnis genommen – Begründungen, die man gegebenenfalls ja auch in Frage stellen könnte. Nein, die politischen Krawalle während des G20-Gipfels gelten in der Öffentlichkeit als reines Chaotikum. Linke Militanz wird nicht als Mittel zum Zweck wahrgenommen, sondern als Erlebnisgier, »Krawalltourismus« und Gewaltgeilheit.

So sorgt die Mechanik dieser Ideologie zuletzt für die völlige Entpolitisierung des Protests. Dem »gewaltbereiten« Protest wird seine politische Zurechenbarkeit per se aberkannt, der »friedliche« aber macht sich politisch zurechenbar, indem er sich als »nicht gewaltbereit« kundtut, und so seine politischen Inhalte selbst entwertet.

Gemeinschaft der Anständigen

Die Politiker*innen und Journalist*innen, die die Linke des Gewaltfanatismus bezichtigten, wissen, dass sie im Namen einer Gemeinschaft von selbsternannten Anständigen handeln. Und die Linken, die sich dem Druck dieser Verurteilung beugen, distanzieren sich nicht nur, sondern wissen, dass sie damit wieder in diese Gemeinschaft zurückkehren: Zurück zu »uns«, den Bürgerinnen und Bürgern, die alle so selbstverständlich respektable Personen sind, sich an Anstand, Recht und Ordnung halten und natürlich immer wissen, dass alle anderen das auch tun. Undenkbar, dass jemand diesem Hort der Moral und der Vernunft zuwider handeln könnte! Tut es dann doch jemand, dann ist klar, dass der nicht »zu uns« gehört und »unsere« Anerkennung nicht verdient.

Diese schizophrene Gemeinschaft hat sich nach G20 noch in einer anderen Hinsicht etabliert, nämlich in der Welle der Erschütterung über die Sachbeschädigungen. An sich könnte man die allgemeine Erregung über das Zertrümmern und Abfackeln von Gebrauchsgegenständen für progressiv halten, wäre sie nicht so irre selektiv: So furchtbar entsetzen sich die Leute nie, wenn Rassist*innen ihrem täglichen Handwerk nachgehen. Es gibt nicht einmal einen vergleichbaren Aufschrei, wenn die Wohnheime von Geflüchteten, die ja ebenfalls Gebrauchsgegenstände sind, angezündet werden.

Was diese Leute wirklich interessiert, ist, dass »wir« von linken Chaot*innen angegriffen werden, dass »unsere« Gemeinschaft und ihr ordentliches, bürgerliches Leben außer Funktion gesetzt wurde, schließlich dass es dem Privateigentum, also dem materiellen Dasein der ehrbaren Bürger*innen, an die Kandare ging. So erwachte ein gemeinschaftliches Selbstgefühl aller Bürger*innen, die sich von einem ungreifbaren finsternen Außen – dem »linksextremen Schwarzen Block« – bedroht sahen.

Spontaneität der Massen

Diese ideologischen Wahrnehmungen sind aber nicht, wie viele sagen, ein kalkuliertes Produkt der Lügen und Manipulationen »von oben«, auf die die Massen irgendwie »hereinfallen«. In den Sozialen Medien (YouTube, Twitter, facebook) waren die »linken Chaot*innen« in den Tagen nach den Hamburger Ereignissen Dauerthema. In den Trends von YouTube, d. h. den jeweils aktuell beliebtesten Videos, rangierten solche über brennende Autos, Barrikaden und schwarz vermummte »Chaot*innen« an vorderster Stelle – dort, wo sonst Ulk-, Sensations- oder Popkultur-Videos stehen. Zum Teil wurden regelrechte Hetzjagden veranstaltet, indem Bilder von angeblichen Gewalttäter*innen zigfach geteilt wurden. Auch im »Real Life«, in U-Bahnen, Kneipen und auf den Plätzen hörte ich in den Tagen nach dem Gipfel zahlreiche Gespräche mit, in denen die Menschen mit enormem emotionalem Einsatz auf die Krawalle zu sprechen kamen. Jedes Mal ging es darum, die »linken Chaot*innen« hart abzuurteilen und den »friedlichen Protest« gutzuheißen.

Das ist den Leuten nicht »von oben« eingetrichtert und es ist auch keine Scheindebatte einer abgehobenen Öffentlichkeit. Im Gegenteil, breite Massen sind mit einem Mal hochgradig politisiert, interessieren sich brennend für die Hamburger Ereignisse und tragen die Debatten darüber in ihrem Alltag aus. Sie produzieren selbständig, »spontan« sowohl die Realitätsverkehrung als auch die Sucht nach der Verurteilung alles Linken.

Richtig ist allerdings, dass sich die kollektive Realitätsverzerrung nicht ohne die bürgerlichen Massenmedien und die bürgerliche Öffentlichkeit entwickeln würde. Die Bilder der Krawalle, die Sprüche der Autoritäten und die öffentliche Debatte sind Bedingung dafür, dass sich dieses kollektive ideologische Bewusstsein formieren kann. Dieses ist aber ebenso Bedingung für das Funktionieren der Massenmedien und der Öffentlichkeit. Es gibt nicht den einen Punkt, der die Schuld trüge, es ist eher ein System, in dem alle Teile voneinander abhängen. Außerdem ist es nicht so, dass die Massen ausschließlich in dieser Ideologie leben. Sie ist eben Ideologie, formiertes Bewusstsein, das die Menschen beherrscht, zu dem sie aber auch im Widerspruch leben, mit ihren Lebenswirklichkeiten und eigenen

Wahrnehmungen. Abhängig von freier Zeit, Umfeld, Erkenntnissituation usw. können sie immer auch einen Sinn dafür entwickeln, dass es sich um Ideologie handelt.

Die Verdinglichung des Bewusstseins

Soweit die Menschen aber innerhalb dieser Ideologie leben, reagieren sie auf die Krawalle nicht individuell, sondern gleichartig mit einer großen Masse von Menschen. In gewisser Weise reagieren nicht sie, sondern eine kollektive Wahrnehmungs- und Reaktionsformation, die sich in und durch die einzelnen Menschen hindurch vollzieht. Diese Formation besteht nicht aus einer Anhäufung der ideologischen Wahrnehmungen und Bedürfnisse bloß Einzelner, zum Beispiel, wenn man sagen würde, es gehe allen nur um Selbstbestätigung oder ihre autoritären Bedürfnisse. Sondern sie vollzieht sich nur als schlechthin öffentliche Wahrnehmungsweise und als kollektives Selbstgefühl. Sie etabliert sich als kollektive Formation, die aber als solche selbständig und unabhängig ist. So wird sie zu einer festen Tatsache der sozialen Welt, so dass alle sich in ihrer Weise darauf beziehen: Die Reaktionen können sie für ihre Politik nutzen und die Polizei für ihr Vorgehen, während die Linken gezwungen sind, sich ihr zu beugen. Damit ähnelt sie anderen kollektiven ideologischen Formationen, namentlich dem Antisemitismus, dem antimuslimischen Rassismus, dem Nationalismus und dem Antikommunismus. Wie diese hat die Sicherheitsideologie in ihren Wahrnehmungen und Emotionen immer kollektiven Charakter. Auf der einen Seite steht ein stereotypisierter Gegner, auf der anderen Seite ein kollektives und moralisch hoch bewertetes »Wir«. Aber die Sicherheitsideologie unterscheidet sich inhaltlich deutlich von diesen Ideologien: Der Gegner ist hier nicht auf eine feindliche Rasse oder Kultur reduziert, die demokratische Gemeinschaft ist nicht national beschränkt, und der Gegner wird auch nicht als politisches Gegenprinzip eingestuft. Es ist wichtig, dies auseinanderzuhalten. Gleichwohl kann die Sicherheitsideologie enge Verbindungen mit diesen Ideologien eingehen und tritt oft auch gemeinsam mit ihnen auf. In dieser ideologischen Formation schießen die Bilder und die Empörung, die Faktenverdrehungen und die Verurteilungen zu einem festgefügt Komplex zusammen. Militante Politik gerät zum bloßen Zerrbild von Gewalt und Terror. Recht und Ordnung des Privateigentums erhalten die Aura des Unantastbaren, die Repressionsgewalt des Staats umgibt der sanfte Schein des aufopferungsvollen Dienens. Mit der Linken, dieser dämonischen Masse, ist eine unfassliche Bedrohung in der Welt, gegen die die moralische Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger zusammenstehen muss. Die Sicherheitsideologie exekutiert an ihren Feinden das, was sie jenen selbst aufdrückt. Ihre Wahrnehmungen schließen aus sich selbst auf ihre Reaktionen. Sie ist ein verdinglichtes Bewusstsein: Ein Bewusstsein, das – wie Georg Lukács in *Geschichte und Klassenbewußtsein* schreibt – in seinem Wahrnehmen und Tun

nur mehr fremde, vorgegebene Mechanismen ausführt.³ Ein fixiertes System, eine Automatik von Wahrnehmungen, Urteilen und Reaktionen; über die Linken, deren Gewalt, die bedrohte Gemeinschaft, über Demokratie, den wertvollen Protest, die Rolle der Polizei, das harte Durchgreifen gegen die Linken. Ein geschlossener Kreislauf, der im gesamten emotionalen Diskurs wieder und wieder in der gleichen, ununterbrochenen Weise abläuft.⁴

³ Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied und Berlin 1970

⁴ Die Analyse der Sicherheitsideologie wäre mir ohne meine theoretischen Arbeiten zu bürgerlicher Ideologie und Subjektivität nicht möglich gewesen. Ich möchte das hier in einigen Überlegungen – die zum Verständnis meiner Analyse aber nicht nötig sind – deutlich machen. 1. Ich habe mit den Analysen der einzelnen Momente der Sicherheitsideologie auf die zusammenhängende Darstellung ihrer »fertigen« Gestalt hingearbeitet. Die Ideologie ist eigentlich nur diese Gestalt. Dennoch lässt diese Gestalt sich nicht verständlich machen und in ihrem »ideologischen« Charakter erläutern, wenn nicht der Ausgang genommen wird von den einzelnen Widersprüchen, Unsinnigkeiten, Realitätsverdrehungen, Abstraktionen, Mystifizierungen oder Anmaßungen, die ich eben im Vorlauf zur Darstellung durchgearbeitet habe. Nur in diesen konkreten Widersprüchen, Verdrehungen usw. wird die Ideologie sichtbar. Dafür ist es aber nötig, eine eigene Einschätzung der Sachlage zu erarbeiten. Das ist nicht die »objektive Wahrheit« gegenüber der Ideologie, aber eine sachhaltige und begründbare Analyse von Fakten, politischen Akteuren und sozialen Verhältnissen. Eine Ideologie kritisieren zu wollen, ohne eine solche eigene Einschätzung zu erarbeiten, führt nur zu moralischen Kritiken, die eben keinen eigenen Gegenstand neben der Ideologie haben. Die konkreten Widersprüche oder Widersinnigkeiten sind also der Ausgangspunkt der kritischen Wahrnehmung selbst, die die Ideologie überhaupt als Ideologie erkennen kann, und sie sind auch der Ausgangspunkt für die Darstellung der Ideologie. Diese kann also auch nicht in sich selbst entwickelt werden, wie es klassisch bei Hegel, aber auch bei einigen Hegelmarxisten der Fall ist. 2. Wie ich versucht habe deutlich zu machen, basiert die Sicherheitsideologie auf einer internen Stringenz und Logik, für sich selbst besitzt die Sicherheitsideologie eine Stimmigkeit und Folgerichtigkeit. Die einen Elemente ergeben folgerichtig die nächsten usw., bis die letzten wieder die ersten begründen. Es ist diese Logik, die den Kreislauf der Wahrnehmungen, Urteile und Reaktionen in den Diskursen ausmacht, und dem die Individuen zu folgen gezwungen sind. Zugleich entspricht dieser abstrakten Logik aber eine sehr konkrete Weltanschauung, die in sich gerundet die relevanten Elemente der Wirklichkeit sortiert, sinnhaft aufeinander bezieht und Urteile und Handlungen motiviert. Die Individuen, die in der Sicherheitsideologie leben, haben ihre Erfahrungslage in dieser unmittelbaren Engagiertheit und Sinnhaftigkeit. Der Motor dahinter ist dennoch die abstrakte Logik, die sie trotz dieser so echt erscheinenden Sinnhaftigkeit beständig beherrscht. Meiner Analyse der Sicherheitsideologie liegt die These zugrunde, dass jeder Gestalt der bürgerlichen Subjektivität – also auch der Sicherheitsideologie – dieser Doppelcharakter von konkretem Sinn und abstrakter Logik zu eigen ist. 3. Der Verdinglichungsbegriff bei Lukács ist nur als abstraktes Prinzip der Verdinglichung formuliert. Das heißt, Lukács beschreibt zwar Verdinglichung in verschiedenen Kontexten (Arbeit, Denken, Zeiterfahrung, eigene Persönlichkeit), aber er spricht immer nur von Verdinglichung überhaupt. Es kommt aber darauf an, nicht lediglich »Verdinglichung« kritisch zu konstatieren, und bei Aussagen der Art stehenzubleiben, dass Bewusstsein nur mehr nach Schemata wahrnehmen könne, reflexhafte Verurteilungen über andere verhängen oder sich nicht mehr aktiv handelnd in die Welt einbringe – weil dieses Bewusstsein eben »verdinglicht« sei. Solche Aussagen sind abstrakt und haben keinen weiteren analytischen Gehalt. Vielmehr kommt es darauf an, die jeweilige konkrete Gestalt des verdinglichten Bewusstseins in ihrer spezifischen Logik herauszuarbeiten, d. h. die spezifische Weise, wie dieses Bewusstsein verdinglicht ist, zu analysieren. Das sexistische Geschlechterverhältnis, die bürgerliche Moral, das staatsbürgerliche Bewusstsein, die Selbstverwirklichung sind alle »verdinglicht«, weisen aber ihre jeweils spezifische Logik auf. An die Stelle der bloßen Denunziation als »verdinglicht« à la Lukács tritt also die konkrete Analyse. 4. Es gibt nicht nur eine »Grundkonstellation«, in der sich bürgerliche Subjektivität bewegt, sondern ganz unterschiedliche. Mit den allseitig bekannten subjektkritischen »Theorien« über Narzissmus oder den autoritären Charakter kann man nur auf einen ganz begrenzten Bereich von Phänomenen der bürgerlichen Subjektivität abzielen, nämlich auf den Selbstbezug des Individuums im Verhältnis zu anderen Individuen. Kollektiven, viele Individuen übergreifende Formationen wie der Antisemitismus, der antimuslimische Rassismus oder eben die Sicherheitsideologie lassen mit einem solchen

Nicht gegen die Ideologie kämpfen, sondern ihr den Boden entziehen

Damit waren Brüche in der öffentlichen Wahrnehmung von Staat und Imperialismus, die die G20-Proteste herbeiführen wollten, erst einmal verhindert. Wenn die »Gewalt der linken Chaot*innen« die Menschen beschäftigt, gibt es wenig Raum für kritische Erkenntnis. Wir sehen das eigentlich bei jedem größeren Protest-Event: Es gibt keine wirkliche Ebene, um gegen die Sicherheitsideologie politisch sinnvoll zu agieren – egal ob »gewaltbereit« oder »friedlich«. Diese riegelt sich immer wieder erfolgreich dagegen ab. Und noch mehr, anstatt dass der Protest die Massen für linke Positionen mobilisiert hätte, hat er letztlich die Rechte und die Treue zum Staat gestärkt. So wendet sich jede politische Strategie, die die Sicherheitsideologie in der jetzigen Situation fehlender Gegenmacht direkt angreift, einem Bumerang gleich gegen sich selbst. Eine politische Antwort auf die Sicherheitsideologie muss anders vorgehen. Dazu will ich zwei Thesen vortragen. Erstens: Die Sicherheitsideologie kann nur dann so wirksam und geschlossen sein, wenn die Menschen selbst unwillkürlich und engagiert in ihre Bahn geraten. Man muss also die sozialen und psychischen Bedingungen dafür identifizieren und überlegen, wie man diese Bedingungen aufheben kann. Zweitens: Wenn linke Politik als »Öffentlichkeitsarbeit« immer von der Ideologie blockiert ist, dann müssen wir dorthin, wo wir mit den Menschen unmittelbar über ihre eigenen Wahrnehmungen und Probleme sprechen können, in ihren Alltag.

Ich sehe drei Bedingungen dafür, dass die Sicherheitsideologie bei den Menschen selbst entsteht. Die radikale Linke wird von den meisten Menschen immer nur als Block »außerhalb der Gesellschaft« wahrgenommen, mit verrückt klingender radikaler Rhetorik und beheimatet irgendwo in seltsamen »Zeckenläden«. Dass es anders geht, dass persönliches Vertrauen im Alltag aufgebaut, und so die Mystifizierung der linken Gewalt ausgehebelt werden kann, zeigt ausgerechnet das Hamburger Schanzenviertel selbst: Viele Anwohner*innen solidarisierten sich nach den Krawallen mit der radikalen Linken, insbesondere mit der räumungsbedrohten Roten Flora.⁵ Auch die Nacht der Krawalle selbst war bereits ein gemeinsames Event, in dem organisierte Autonome und ausgelassenes »unpolitisches« Publikum miteinander zugange waren, und eine gemeinsame Stimmung gegen die herrschende Ordnung spürbar war.⁶

subjektkritischen Instrumentarium überhaupt nicht in den Griff bekommen. Für eine vollständige Theorie bürgerlicher Subjektivität braucht es also sehr unterschiedliche Grundkonstellationen; in der Sprache Hegels handelt es sich um Bewusstsein, Selbstbewusstsein und Geist (Persönlichkeit) – an der materialistischen Übersetzung arbeite ich noch.

⁵ Cantina Popular: *Stellungnahme zu den Ereignissen vom Wochenende*, 12.07.2017, facebook.com/CantinaPopularHamburg/posts/2009834439251557

⁶ Kommunistischer Aufbau: »*Widerstand im Herzen der Bestie ist möglich*« – 10 Lehren aus den G20-Protesten, 18.07.2017, komaufbau.org/widerstand-im-herzen-der-bestie-ist-moglich-10-lehren-aus-den-g20-protesten

Eine zweite Bedingung stellen die Massenmedien mit ihren Mechanismen dar. Bilder von Gewalt und heldenhaften Polizist*innen funktionieren bei ihnen besonders gut. Mit YouTube und facebook ist es genauso. Zudem ist für die Stimmen von links-außen kein Platz in ihnen, allenfalls als Kuriosum oder eben als gewalttätige Bedrohung. Hätten wir dagegen eine gewisse alternative Medienmacht, hätte die Realität der Ereignisse anders dokumentiert werden können. Wir müssen dafür eine echte, gesellschaftliche verankerte Gegenöffentlichkeit aufbauen. Die »Massenbasis« der Sicherheitsideologie bilden aber wie beim Faschismus die Menschen selbst, genauer gesagt, ihre entfremdeten Bedürfnisse in der kapitalistischen Gesellschaft. Es sind Bedürfnisse, die aus der der alltäglichen sozialen Isolation, der kapitalistischen Konkurrenz, der Knechtung durch Männer, Ämter und Arbeitgeber*innen erwachsen. In der Gemeinschaft der »Anständigen« und im Lostreten gegen die »linken Chaot*innen« können diese Bedürfnisse eine scheinhafte Befriedigung erfahren. Um da gegenzusteuern, geht kein Weg daran vorbei, dass die Menschen sich in ihren Stadtteilen, Betrieben und öffentlichen Institutionen organisieren und Beziehungen der Solidarität aufbauen.

Damit sind wir auch direkt beim obigen zweiten Punkt, beim Alltag: Um gegen die ideologische Wahrnehmung antikapitalistischer Positionen etwas zu unternehmen, macht es gegenwärtig keinen Sinn, direkt gegen die Sicherheitsideologie zu kämpfen. Linksradikale Praxis muss auf eine andere Ebene, auf der es nicht nur die Ideologie gibt, sondern auf der die Menschen sich auf ihre eigenen Wahrnehmungen und Betroffenheiten besinnen können: In die Alltagskämpfe. Die antilinken Scheuklappen gibt es da zwar immer auch, aber in persönlichen Beziehungen und im konkreten gemeinsamen Kampf können wir die Dominanz der Ideologie umgehen. Im realen Widerstand kann sich ein politisches Bewusstsein bilden, das die Sicherheitsideologie auf der Ebene des Großevents trotz intensiver Vorbereitung stets verhindern wird.

Dies sind alles keine Antworten, die schnell organisiert werden oder einen kurzfristigen Erfolgseffekt bringen können. Als kurzfristige Antwort auf die antilinke Stimmung ist es auf jeden Fall sehr wichtig, einen gesellschaftlichen Gegenpol aufzuzeigen, der eine alternative Interpretation der G20-Proteste sichtbar macht. Aber in diesem Kampf agieren wir aus der völligen Defensive, eher um zu retten, was irgendwie noch zu retten ist. Wirklich aufbrechen können wir die Sicherheitsideologie auf diese Weise nicht, und vor allem stehen wir bei jedem neuen Großevent vor demselben Schlamassel. Wir müssen daher weg von einer kurzfristigen Politik und unsere Sache mit langem Atem und weitblickendem Denken angehen, und zwar möglichst koordiniert von der gesamten radikalen Linken. Dafür ist es nötig, strategisches Denken in den Kern der linksradikalen Praxis zu bringen und eine

strategische Neuausrichtung durchzuführen, wie sie mittlerweile an vielen Stellen diskutiert wird.⁷ Wenn sich die Menschen selbst organisieren, widerständige Militanz in ihrem Alltag aufbauen, ihre eigenen Konflikte bewusst auf das kapitalistische System zurückführen und mit den großen Kämpfen zusammenbringen, dann wird dem nächsten G20-Gipfel eine ungeahnte Großdemonstration entgegentreten – als Ausdruck realer Gegenmacht.

Postskriptum

Die vorstehende Analyse stammt aus den Tagen unmittelbar nach dem Gipfel. Ein halbes Jahr später lassen sich die politischen Konsequenzen der damaligen ideologischen Konjunktur sehr viel deutlicher erkennen. Sowohl das Indymedia-Verbot im August als auch die politischen Angriffe auf linksradikale Zentren in zahlreichen Städten waren durch die breite antilinke Stimmung legitimiert, wenn nicht von ihr verursacht. Ebenso erlaubte sie erste punktuelle Bündnisse von CDU und AfD, wie Ende August im Magdeburger Landtag, als die CDU für einen Antrag der AfD für einen Ausschuss über »Linksextremismus« stimmte.⁸ Der Antifa-Kongress Ende Oktober im Münchner Gewerkschaftshaus wurde vom DGB zunächst vor die Tür gesetzt, nur weil die Deutsche Polizeigewerkschaft dem Kongress vorgeworfen hatte, »linksextremistisch« zu sein.⁹ Dieses Einknicken des DGB wäre ohne die Post-G20-Stimmung kaum denkbar gewesen. Auch viele kleinere Ereignisse weisen in dieselbe Richtung: So wurden die Absage eines Vortrags von Rainer Wendt, Chef eben dieser Deutschen Polizeigewerkschaft, an der Universität Frankfurt mit Sorge vor linker Gewalt begründet,¹⁰ und die CDU versuchte für Mitarbeiter*innen der Anne-Frank-Bildungsstätte in Frankfurt einen Test über linksradikale Gesinnung durchsetzen.¹¹ Die Polizei benutzt die Sicherheitsideologie aber auch, um harte Repression gegen Linke auszuüben, und dadurch gleichzeitig die antilinke Stimmung weiter zu befeuern. So die

⁷ Vgl. dazu vor allem: Kollektiv! (Bremen), »Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik«, 2016, lowerclassmag.com/2016/07/fuer-eine-grundlegende-neuausrichtung-linksradikaler-politik; Antifa Kritik und Klassenkampf: »Der kommende Aufprall«, 2015, akkffm.blogspot.de/images/DerkommendeAufprall.pdf; den Kongress »Selber Machen« (2017) und die auf der Website gesammelten Beiträge und Papiere, selbermachen2017.org. Auch innerhalb der eher »kampagnenorientierten« Organisationen Interventionistische Linke und Ums Ganze werden mittlerweile interne strategische Kontroversen immer deutlicher, vgl.: blog.interventionistische-linke.org/g20-gipfel.

⁸ Berliner Zeitung: *CDU macht gemeinsame Sache mit der AfD – nicht zum ersten Mal*, 30.08.2017, berliner-zeitung.de/28247892

⁹ Michael Bartmann: *Umstrittener Antifa-Kongress beginnt in München* 03.11.2017, br.de/nachrichten/oberbayern/inhalt/nach-streit-mit-polizeigewerkschaft-antifa-kongress-beginnt-in-muenchen-100.html

¹⁰ Hanning Voigts: *Vortrag von Polizei-Gewerkschaftsboss abgesagt*, Frankfurter Rundschau, 25.10.2017, fr.de/frankfurt/rainer-wendt-vortrag-von-polizei-gewerkschaftsboss-abgesagt-a-1375122

¹¹ Hessenschau: *Verfassungsschutz soll Pädagogen und Berater prüfen*, 06.12.2017, hessenschau.de/gesellschaft/verfassungsschutz-soll-paedagogen-und-berater-pruefen,zuverlaessigkeitspruefung-100.html

bundesweiten Hausdurchsuchungen gegen 24 Wohnungen und linke Zentren Anfang Dezember und die öffentliche Fahndung gegen G20-Gegner*innen mit Fotos von angeblichen Gewalttäter*innen, die unter anderem durch die Bild-Zeitung verbreitet wurden. Es ließe sich noch einiges mehr anführen, aber die Liste zeigt schon deutlich, wie wirkmächtig die in den Gipfeltagen aufkommende Sicherheitsideologie war, wie sie die Gemüter noch lange Zeit danach in Bann hielt und Selbstverständlichkeiten über die Linke, den Staat und die Polizei definierte. Zwar ist diese Geschlossenheit mittlerweile am Aufbrechen, aber auch erst jetzt wird das wirkliche Ausmaß der Niederlage bei G20 ersichtlich. Sie beschränkt sich bei Weitem nicht auf den Furor der Gipfeltage, sondern besteht in einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung gegen links. Die Linke hat sich bei der Vorbereitung der Proteste – nicht zum ersten Mal – gehörig verschätzt.